

<https://indianpunchline.com/the-sino-russian-alliance-comes-of-age-part-1/>  
<https://indianpunchline.com/the-sino-russian-alliance-comes-of-age-part-2/>  
<https://indianpunchline.com/the-sino-russian-alliance-comes-of-age-part-3/>

## **Die Chinesisch-Russische Allianz wird erwachsen**

*Von Melkulangara K. Bhadrakumar*

### **Teil 1**

Die gemeinsamen Erklärungen zweier Länder sind in der Regel auf ein bestimmtes Ereignis fixiert, aber unter außergewöhnlichen Umständen, an denen Großmächte beteiligt sind, könnten sie einen epochalen Charakter annehmen und als diplomatische Kommunikation angesehen werden, die das widerspiegelt, was die Deutschen den Zeitgeist nennen - den bestimmenden Geist oder die Stimmung einer bestimmten Epoche der Geschichte - und die geopolitischen Machtverhältnisse umrahmt. Dies gilt umso mehr im Falle von Großmächten, die eine lange Tradition in der Diplomatie haben und tiefe Spuren im Lauf der Geschichte hinterlassen haben.

Die gemeinsame Erklärung, die nach dem Besuch des chinesischen Staatsrats und Außenministers Wang Yi in Moskau am 10. und 11. September 2020 abgegeben wurde, fällt sicherlich in diese zweite Kategorie. [https://www.mid.ru/foreign\\_policy/news/-/asset\\_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/4335948?p\\_p\\_id=101\\_INSTANCE\\_cKNonkJE02Bw&\\_101\\_INSTANCE\\_cKNonkJE02Bw\\_languageId=en\\_GB](https://www.mid.ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/4335948?p_p_id=101_INSTANCE_cKNonkJE02Bw&_101_INSTANCE_cKNonkJE02Bw_languageId=en_GB)

Wangs Besuch in Moskau stand im Zusammenhang mit dem Treffen auf Außenministerebene der Shanghaier Kooperationsorganisation. Sein "bilateraler" Besuch mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow fand am 11. September statt, aber aus der Perspektive der internationalen Sicherheit und der Weltordnung wird er als ein bedeutsames Ereignis als Wendepunkt in der Entwicklung der chinesisch-russischen Entente hervorstechen. Das Dokument, das aus Wangs Besuch hervorging, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Kernbereiche der chinesisch-russischen Partnerschaft für die Diskursanalyse, auf die gegenseitigen Interessen der beiden Mächte und auf den sich ständig weiterentwickelnden globalen geopolitischen Kontext in der gegenwärtigen Weltlage.

Die gemeinsame Erklärung hat eher den Charakter einer chinesisch-russischen Erklärung zur aktuellen internationalen Lage und zu den Schlüsselproblemen, insbesondere zur globalen politischen Stabilität und zur globalen wirtschaftlichen Erholung. Es ist die Art von Erklärung, die wir im Allgemeinen engen Verbündeten zuschreiben, und sie bedeutet, dass sich eine qualitativ neue Etappe in der umfassenden chinesisch-russischen Partnerschaft und strategischen Zusammenarbeit nähert, die die bilateralen Beziehungen bereits auf ihr historisch höchstes Niveau gebracht hat.

Die gemeinsame Erklärung Russlands und Chinas vom 11. September ist eindeutig ein ausgehandeltes, öffentlichkeitswirksames Dokument einer bilateralen Beziehung, das nicht nur die politischen Ideologien der beiden Länder widerspiegelt, sondern auch ihre "gemeinsame Vision" und ihre Empfehlungen, gemeinsam Lösungen für ihre gemeinsamen Probleme zu finden. Es bezieht sich auf eine Welt, die "sich in einer Phase tiefer Transformation befindet". Die Turbulenzen werden immer heftiger... Die Coronavirus-Epidemie ist zur ernstesten globalen Herausforderung in Friedenszeiten geworden". Die zwölf Kernbereiche der Partnerschaft, die in der gemeinsamen Erklärung als solche umrissen werden, spiegeln auch die außenpolitischen Ziele der beiden Länder wider. Zu diesen zwölf Bereichen gehört erstens die von Großbritannien und den Vereinigten Staaten begonnene und von einer Reihe anderer Länder (darunter auch ein Chor innerhalb Indiens) bald aufgegriffene Kampagne, die besagt, dass die Schuld für die Coronavirus-Pandemie - das "Wuhan-Virus" - in aller Deutlichkeit China, wo sie begonnen hat, für seine angebliche Nichterfüllung seiner internationalen Verpflichtung, der Weltgemeinschaft Einzelheiten mitzuteilen, angelastet werden muss.

Die "Politisierung" der Pandemie hat sich in der internationalen Gemeinschaft - auch innerhalb Amerikas - letztlich nicht durchgesetzt, aber die USA und ihre engen angelsächsischen Verbündeten benutzen sie als Handhabe, um China zu verunglimpfen, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen und rasch ungerechtfertigte Angriffe auf das chinesische politische System selbst zu starten.

Das Dokument vom 11. September unterstreicht, dass Moskau viermal hinter Peking steht, wenn es andere Regierungen und Staaten, öffentliche Organisationen, Medien und Wirtschaftskreise dazu auffordert, die Zusammenarbeit zu fördern und sich gemeinsam gegen falsche Informationen zu wehren, die Politisierung der Pandemie zu stoppen und stattdessen die Anstrengungen zu bündeln, um die Coronavirus-Infektion zu überwinden und gemeinsam auf verschiedene Herausforderungen und Bedrohungen zu reagieren.

Zweifellos wird es für Peking zu diesem Zeitpunkt eine große Genugtuung und ein Trost sein, dass Moskau der chinesischen Führung die hohe Qualität der chinesisch-russischen Entente signalisiert und gleichzeitig die starke Solidarität des Kremls in dieser Frage der hohen Sensibilität gegenüber der chinesischen Führung vermittelt. Die beiden Länder haben unterstrichen, dass sie auf der koordinierenden Rolle der WHO bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Epidemien, zur Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich und zur Überwachung der beschleunigten Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen bestehen.

## **"Historische Wahrheit" über den 2. Weltkrieg**

Ein zweiter Vektor der gemeinsamen Erklärung von letzter Woche betrifft die "historische Wahrheit" über den Zweiten Weltkrieg. Dies mag ein esoterisches Thema erscheinen, aber es ist alles andere als das. In den letzten Jahren hat ein scheinbar harmloser westlicher Feldzug stattgefunden, um die heroischen Opfer der ehemaligen Sowjetunion beim Sieg über Nazideutschland herunterzuspielen und zu verharmlosen. Moskau hat seine bössartige, verräterische Absicht schnell begriffen.

Einfach gesagt, die Sowjetunion trug die Hauptlast des Widerstandes gegen die Nazi-Aggressoren, aber die Fakten der Geschichte werden in Ländern wie Polen und den baltischen Staaten systematisch verfälscht, oft mit subtiler Ermutigung durch die USA. Die Kampagne schürt antirussische Gefühle, aber noch gefährlicher ist, dass sie Irredentismus und Militarismus fördert.

In der gemeinsamen Erklärung wird versprochen, dass Russland und China "niemandem gestatten werden, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren, die in der UN-Charta und anderen internationalen Dokumenten festgelegt sind". Die gemeinsame russisch-chinesische Haltung berührt den allmählichen Übergang, der sich in den letzten Jahren in Deutschland und Japan vollzogen hat, um vom Pazifismus zu militaristischen Ideologien überzugehen. Dies muss erklärt werden.

Russland hat mit wachsender Besorgnis beobachtet, dass sich Deutschland in einem weiteren historischen Übergang befindet, der eine beunruhigende Parallele zum Übergang von Bismarck im europäischen Umfeld vor dem Ersten Weltkrieg und anschließend von der Weimarer Republik zu Nazi-Deutschland aufweist, der zu zwei Weltkriegen führte und der Menschheit entsetzliche Zerstörungen zufügte.

Um den Umbruch der deutschen Ideologie zu veranschaulichen, betonte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (die zugleich stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei Christlich-Demokratische Union ist) in einem Interview mit dem Wochenmagazin „Die Zeit“ (16. Juli 2020, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-07/annegret-kramp-karrenbauer-verteidigungsministerium-bundeswehr>), es sei „Zeit“, darüber zu diskutieren, "wie sich Deutschland künftig in der Welt aufstellen muss". Von Deutschland werde "Führung erwartet, nicht nur als Wirtschaftsmacht", sondern es gehe auch um "kollektive Verteidigung, es geht um internationale Einsätze, es geht um einen strategischen Blick auf die Welt, es geht letztlich um die Frage, ob wir die globale Ordnung aktiv mitgestalten wollen". Im Klartext: Die deutsche Stimme ist nicht mehr die Stimme des Pazifismus.

Kramp-Karrenbauer sagte, dem "Anspruch der jetzigen russischen Führung", ihre Interessen "sehr aggressiv" zu vertreten, „müssen wir ...eine klare Haltung gegenüberstellen: Wir sind wehrhaft und im Zweifel auch dazu bereit, uns zu wehren. Wir sehen, was Russland tut, und lassen der russischen Führung das nicht durchgehen.....Wenn man sich anschaut, wer in der Reichweite der russischen Raketen in Europa liegt, dann sind das nur die mittel- und osteuropäischen Staaten und wir“. Sie versprach, "an einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse" mit europäischen Verbündeten zu arbeiten, um "Abwehrsysteme" zu entwickeln, die zunehmend "Drohnen, KI-gesteuerte Drohnenschwärme oder um Hyperschallwaffen" umfassen würden.

Es genügt zu sagen, dass fünfundsiebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der deutsche Imperialismus in Bewegung geraten ist - und wieder einmal Russland ins Visier nimmt. Eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft steht wieder auf der deutschen Agenda. Die deutschen Eliten werden wie in der Vergangenheit vor nichts zurückschrecken, um die Interessen des deutschen Kapitals im In- und Ausland durchzusetzen.

Drei Merkmale sind hier zu beachten. Wie in Weimar haben die rechtsextremen Netzwerke in Bundeswehr und Sicherheitsdiensten wieder weitgehend ungehindert von der deutschen Führungselite ihre Arbeit aufgenommen. Eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft ist wieder im Gange. Sie freut sich, so Kramp-Karrenbauer, "dass wir die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft etwas besser sichtbar machen konnten, mit dem öffentlichen Gelöbnis vor dem Deutschen Bundestag am Geburtstag der Bundeswehr und den kostenfreien Bahnfahrten in Uniform."

Auf die Anregung der Zeit, dass "Kameradschaft, Krieg, Sterben für sein Land, jemanden töten" käme in der öffentlichen Selbstdarstellung der Bundeswehr "praktisch nicht vor", antwortete Kramp-Karrenbauer prompt, dass sich genau dies ändern müsse. "Wir sind eine Armee", so Kramp-Karrenbauer. „Wir sind bewaffnet. Im Zweifelsfall müssen Soldaten auch töten", erklärte sie. Anders als früher, "sind heute gefährliche Auslandseinsätze üblich. Wer zur Bundeswehr geht, weiß das. Das gehört auch zu dem, was ich unter wehrhafter Demokratie und starkem Europa verstehe."

Die deutsch-amerikanischen Spannungen und der kürzlich angekündigte amerikanische Truppenabzug aus Deutschland dient in Wirklichkeit als Vorwand, um die deutschen Aufrüstungspläne zu beschleunigen. Deutschland hat in jüngster Zeit seine Militärausgaben massiv erhöht und plant Rüstungsprojekte in mehrstelliger Milliardenhöhe, obwohl der Haushalt derzeit noch bei nur 1,38 Prozent des BIP liegt. In Wirklichkeit ermöglicht dies Deutschland die militärische Unabhängigkeit von den USA. Die Neue Zürcher Zeitung, die qualitativ hochstehende Schweizer Zeitung, die für ihre Objektivität und ihre detaillierte Berichterstattung über internationale Angelegenheiten bekannt ist, schrieb kürzlich mit grosser Voraussicht: "Auf den ersten Blick mag Trump das Land bestraft haben. Doch in Wahrheit eröffnet der Truppenabzug eine Chance: All jene Realpolitiker, die sich seit Jahren gegen die teils pazifistische, teils antiamerikanische Mehrheitsmeinung in Deutschland ausgesprochen haben, sind nun im Vorteil für einen Wandel.

"Will sie das beruhigende Gefühl behalten, eine 'Friedensnation' zu sein? Das hat bisher bedeutet, dass andere für den Frieden gesorgt haben. Oder wird das Land aus dem Schatten, der von seiner Vergangenheit ausgeht, herauskommen und den Frieden für sich und seine europäischen Partner sichern?"

Die deutsche Öffentlichkeit kämpft gegen Krieg und Militarismus. Die Schrecken der Weltkriege und die Verbrechen, die Nazideutschland an der Menschheit begangen hat, sind noch immer im kollektiven Gedächtnis. Die Rückkehr des deutschen Militarismus kommt ausschließlich von den herrschenden Eliten mit starker Rückendeckung der Industriekonzerne, die eine blutige Geschichte als Waffenproduzenten und schamlose Erfolge in der Kriegsprofitabilität vorzuweisen haben. Anders ausgedrückt, angesichts einer tiefen Krise des Kapitalismus und wachsender internationaler Spannungen kehren die herrschenden deutschen Eliten zu den Mitteln des Militarismus und Krieges zurück, um ihren Reichtum und ihre Macht zu sichern.

### **Rückkehr des Militarismus**

Im Osten sehen wir in ähnlicher Weise die wachsende Welle des japanischen Militarismus. Nach seiner katastrophalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg verzichtete Tokio zugunsten einer pazifistischen Gesinnung auf jahrelange Kriegsführung und gelobte, nur im Falle eines Angriffs Gewalt anzuwenden, um das japanische Heimatland zu schützen - niemals unprovokiert Krieg gegen einen Feind zu führen. In den letzten Jahren haben die politischen Führer Japans, insbesondere Premierminister Shinzo Abe, jedoch versucht, das Land aus seinem Nachkriegspanzer zu befreien.

Der Aufstieg Chinas war für Abe ein nützliches Alibi, um Wege zu finden, die Kräfte seiner Nation mit minimalen innenpolitischen Rückschlägen zu stärken. Abe setzte eine Gesetzgebung durch, die es Japan erlaubte, Verbündete zu verteidigen, verabschiedete einen neuen muskulösen Verteidigungsplan

und setzte sich für eine Änderung der kriegsverzichtenden Verfassung Japans ein, um die Wiederbelebung der Streitkräfte der Nation zu formalisieren, als er vor zwei Wochen gezwungen war, zurückzutreten.

Japan kann nun sein Festland und Hunderte von Inseln wirksamer verteidigen, sich im Falle einer Herausforderung zur Wehr setzen, auf den weltweiten Seewegen patrouillieren und Gegnern entgegenwirken, wo und wann immer es angebracht ist. Dieser evolutionäre Wandel von einem militaristischen Imperium zu einer pazifistischen Nation und zurück zu einer pro-militärischen politischen Kultur gibt den USA einen viel stärkeren Verbündeten, der an ihrer Seite kämpfen kann, aber auf der anderen Seite birgt er das Potenzial, regionale Spannungen und die Aussichten auf einen Krieg mit China und Russland ernsthaft zu erhöhen.

Russland war bereits zweimal in der modernen Geschichte Opfer des militaristischen Deutschlands. Und sowohl Russland als auch China haben historisch gesehen einen hohen Tribut von Japans militaristischer Ideologie gefordert. Im Jahr 1904 zog Japan mit einem Überraschungsangriff gegen Russland in den Krieg. Nach Jahren der Kämpfe und Pseudo-Herrschaft annektierte Japan 1910 offiziell die koreanische Halbinsel. Und 1932 schuf Japan in China seinen eigenen Marionettenstaat.

Es ist eine unbestreitbare historische Tatsache, dass Japan ungewöhnlich energisch, unerbittlich ehrgeizig und schonungslos brutal gegenüber China war. Während des sechswöchigen Massakers allein in China, das heute als "Vergewaltigung von Nanking" bekannt ist, töteten japanische Soldaten in weniger als zwei Monaten rund 300000 Chinesen und vergewaltigten mehr als 80000 Frauen.

Sowohl im Falle Deutschlands als auch im Falle Japans gibt es erste Anzeichen dafür, dass sich die Geschichte wiederholt. Japan ist in vielerlei Hinsicht ein Durchschlag dessen, was sich in Deutschland abspielt. Abes Agenda bestand einerseits darin, Japans stotternde Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, während er andererseits eine muskulöse Außenpolitik mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Bekämpfung Chinas verfolgte. Nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt als Premierminister sagte Abe dem Wall Street Journal in einem Interview: "Mir ist klar geworden, dass von Japan erwartet wird, nicht nur an der wirtschaftlichen Front, sondern auch im Bereich der Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum eine Führungsrolle zu übernehmen.

Im Dezember 2018 veröffentlichte Abe einen neuen 10-Jahres-Verteidigungsplan, der unter anderem vorsah, den Hubschrauberträger Izumo in einen Flugzeugträger umzuwandeln und der Nation damit das erste Schiff dieser Art seit dem Zweiten Weltkrieg zu geben, in den nächsten fünf Jahren etwa 240 Milliarden Dollar für die Selbstverteidigungskräfte (Armee) auszugeben, den stetigen Anstieg der Verteidigungsausgaben der Nation fortzusetzen und neue Kampfflugzeuge als Ersatz für die alten zu beschaffen. Es liegt auf der Hand, dass all diese Ausrüstungen nicht dazu dienen, das Festland zu schützen, sondern Japans Fähigkeit zur Machtprojektion im Ausland zu verbessern.

Im Gegensatz zu Deutschland ist die japanische öffentliche Meinung unter Abe jedoch tief gespalten und vielleicht etwas zwiespältig geworden, was seine Initiative zur Militarisierung betrifft, die die Legitimität des Landes definiert. Abes Partei teilt sich die Macht mit Komeito, um an der Macht zu bleiben, und die Basis von Komeito ist weitgehend pazifistisch. Die Ambivalenz von Komeito erwies sich als eine große Hürde für Abes Ambitionen, Japans Verfassung zu ändern und das Land zu einer Regionalmacht mit einer globalen Vision zu machen.

Fairerweise muss man sagen, dass Japan unter Abe auch spürt, dass es in Gefahr ist, umgeben von einer unmittelbaren Bedrohung, Nordkorea, und einem langfristigen Herausforderer, China. Das japanische Militär ist die angesehenste Institution in Japan, und die japanische Gesellschaft ist nicht mehr antimilitärisch, wenn auch immer noch gegen den Krieg. Aber der Punkt ist, dass selbst nach Abes bevorstehendem Abgang ein zukünftiger Führer, der sich ein traditionelleres Militär in Japan wünscht, ein günstiges politisches Klima haben wird, um auf Veränderungen zu drängen.

### **Wahre Kameradschaft auf den Schlachtfeldern**

Berlin spielt eine führende Rolle in der westlichen Offensive gegen Russland und führt die NATO-Gefechtsgruppe in Litauen an. Auch bei den NATO-Maßnahmen gegen Russland arbeiten Deutschland und die USA eng zusammen. Deutschland ist der wichtigste Schauplatz für die an der osteuropäischen

Grenze zu Russland stationierten NATO-Einheiten. Und die deutschen Medien sind von Meinungen überflutet, die fordern, die NATO-Verpflichtung nun endlich zu erfüllen und die Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. (Derzeit liegt sie bei 1,38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, obwohl sie ihre Militärausgaben kürzlich massiv erhöht hat und Rüstungsprojekte im mehrstelligen Milliardenbereich plant).

Im asiatisch-pazifischen Raum hingegen hat Abe nicht verheimlicht, dass sein vorrangiges Ziel darin besteht, der wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Stärke Pekings entgegenzuwirken, die es ihm ermöglichen könnte, die Region und die Welt nach seinem Bild umzugestalten. Japan hat auch schwelende territoriale Streitigkeiten sowohl mit Russland als auch mit China. Abes Kritiker haben argumentiert, dass sein Militarismus den japanischen Streitkräften den Weg zum Krieg gegen andere Länder ebnen würde, und einige japanische Kritiker bezeichneten die von ihm veranlassten Gesetzesänderungen sogar als "Kriegsgesetzgebung" und stellten ihn als Adolf Hitler Deutschlands dar.

Vor einem so ergreifenden Hintergrund überrascht es freilich nicht, dass die gemeinsame Erklärung, die am 11. September in Moskau abgegeben wurde, ihre eindringlichste Passage über die Daseinsberechtigung der russisch-chinesischen Allianz in der sich abzeichnenden internationalen Situation vorbehält, indem sie an ihren historischen Kampf gegen den Nazismus und den japanischen Imperialismus erinnert:

"Die Sowjetunion und China wurden vom Nazismus und Militarismus am härtesten getroffen und trugen die Hauptlast des Widerstandes gegen die Aggressoren. Um den Preis enormer menschlicher Verluste hielten sie die Besatzer auf, vertrieben und zerstörten sie, wobei sie in diesem Kampf beispiellose Selbstaufopferung und Patriotismus an den Tag legten. Die neuen Generationen sind denjenigen zutiefst zu Dank verpflichtet, die ihr Leben für Freiheit und Unabhängigkeit und für den Triumph des Guten, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit aufgegeben haben. Die gegenwärtigen russisch-chinesischen Beziehungen der umfassenden Partnerschaft und strategischen Zusammenarbeit, die in eine neue Ära eintreten, haben ein starkes, positives Merkmal echter Kameradschaft, die sich auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs entwickelt hat. Es ist eine heilige Pflicht der gesamten Menschheit, die historische Wahrheit über diesen Krieg zu bewahren. Russland und China werden gemeinsam allen Versuchen entgegentreten, die Geschichte zu verfälschen, die Nazis, die Militaristen und ihre Komplizen zu verherrlichen und die Sieger zu beflecken. Unsere Länder werden niemandem erlauben, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren".

Die historische Analogie findet in der Tat ein tiefes Echo in der gegenwärtigen Situation in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum. Die deutsche Regierung beschuldigt den russischen Staat offen, den Oppositionspolitiker Alexej Navalny vergiftet zu haben, und droht Russland mit Sanktionen. Die deutsche Sprache gegenüber Russland hat sich dramatisch verändert. Sie ist nicht mehr von Schuldgefühlen gezügelt, dass das Blut von 25 Millionen Sowjetbürgern an ihren Händen klebt. Es redet, als ob es bereits den nächsten Militäreinsatz gegen Moskau plant.

Vor allem, wie schon einmal in den 1930er Jahren geschehen, verschließen andere westliche Mächte in ihrer Besessenheit, Russland und China einzudämmen, nicht nur die Augen vor dem wachsenden Militarismus in Deutschland und Japan, sondern ermutigen ihn heimlich.

## Teil 2

*"Ich suche das Land der Polen, das für die Deutschen verloren ist, zumindest im Moment. Heutzutage haben die Deutschen die Suche nach Polen mit Krediten, Leicas und Kompassen, mit Radar, Wünschelruten, Delegationen und mottenzerfressenen Provinzstudentenvereinigungen in Kostümen begonnen. Einige tragen Chopin in ihren Herzen, andere Gedanken an Rache. Die ersten vier Teilungen Polens verurteilend, planen sie eifrig eine fünfte; in der Zwischenzeit fliegen sie über Air France nach Warschau, um mit entsprechender Reue einen Kranz an Ort und Stelle zu hinterlegen, der einst das Ghetto war. Eines Tages werden sie mit Raketen auf die Suche nach Polen gehen. In der Zwischenzeit beschwöre ich Polen auf meine Trommel. Und das ist es, was ich trommle: Polen ist verloren, aber nicht für immer, alles ist verloren, aber nicht für immer, Polen ist nicht für immer verloren". (Die Blechtrommel, Günter Grass)*

Die russische Diplomatie, die eine ruhmreiche Tradition in der modernen Geschichte hat, macht ihre Züge nicht zufällig oder impulsiv. Das Geschichtsbewusstsein ist intensiv. Erinnerungen aus der Vergangenheit und der Gegenwart liegen tief eingebettet, hoffnungslos verstrickt im kollektiven Bewusstsein. Eine wenig beachtete Tatsache bleibt, dass die russisch-chinesische Erklärung vom 11. September am Vorabend des dreißigsten Jahrestages des Vertrags über die endgültige Regelung in Bezug auf Deutschland veröffentlicht wurde. Der so genannte "2+4-Vertrag", der am 12. September 1990 in Moskau zwischen der damaligen Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik - mit den ehemaligen Verbündeten des Zweiten Weltkriegs UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich als Mitunterzeichner - unterzeichnet wurde, hatte die Vereinigung Deutschlands, das in den vergangenen viereinhalb Jahrzehnten eine geteilte Nation war, formalisiert.

Zweifellos läutet die gemeinsame Erklärung, die am 11. September in Moskau abgegeben wurde, eine neue Phase in der russischen Außenpolitik in der Ära nach dem Kalten Krieg ein, insbesondere im Hinblick auf die russisch-deutschen Beziehungen und die Beziehungen Russlands zu Europa und der Weltordnung im Allgemeinen. Die Besonderheit, die hier auffällt, besteht darin, dass Moskau beschlossen hat, sich auf diese neue Reise zu begeben und dabei die chinesische Hand zu halten. Dies ist für die europäische, eurasische und internationale Politik insgesamt von großer Bedeutung.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung, am 13. September, erschien der russische Außenminister Sergej Lawrow im prestigeträchtigen Moskau. Kreml. Putin. des staatlichen Fernsehsenders Rossiya-1, wo er über das Schreckgespenst westlicher Sanktionen befragt wurde, die Russland erneut im Schatten des "Marinefalles" und insbesondere des Gaspipeline-Projektes Nord Stream 2, mit Deutschland in der Hauptrolle, heimsuchten. Lawrow fasste die tiefe Enttäuschung Russlands über seine europäischen Partner in den folgenden Worten zusammen:

"Im Prinzip bestand die geopolitische Reaktion in diesen Jahren darin, anzuerkennen, dass unsere westlichen Partner unzuverlässig waren, darunter leider auch die Mitglieder der Europäischen Union. Wir hatten viele weitreichende Pläne, und es gibt Dokumente, die den Weg zur Entwicklung der Beziehungen mit der EU im Energiesektor und in der Hochtechnologie sowie zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Allgemeinen aufzeigen. Wir teilen einen gemeinsamen geopolitischen Raum. In Anbetracht unserer gemeinsamen Geographie, Logistik und Infrastruktur auf dem eurasischen Kontinent profitieren wir von einem erheblichen komparativen Vorteil.

"Es wäre sicherlich ein schwerer Fehler für uns und die Europäische Union sowie für andere Länder in diesem Raum, einschließlich der SOZ, der EAEU und der ASEAN, die ebenfalls in der Nähe liegt, wenn wir unsere komparativen geopolitischen und geoökonomischen Vorteile in einer zunehmend wettbewerbsorientierten Welt nicht nutzen würden. Leider opferte die Europäische Union ihre geoökonomischen und strategischen Interessen um ihres momentanen Wunsches willen, es den Vereinigten Staaten gleichzutun in dem, was sie als "Bestrafung Russlands" bezeichnen. Wir (Russland) haben uns daran gewöhnt. Wir verstehen jetzt, dass wir in all unseren künftigen Plänen zur Wiederbelebung der vollen Partnerschaft mit der Europäischen Union ein Sicherheitsnetz brauchen. Das bedeutet, dass wir so vorgehen müssen, dass wir, wenn die EU an ihren negativen, destruktiven Positionen festhält, nicht von ihren Launen abhängig sind und für unsere Entwicklung aus eigener Kraft sorgen können, während wir mit denen zusammenarbeiten, die bereit sind, mit uns in gleichberechtigter und gegenseitig respektvoller Weise zu kooperieren".

Das Ausmaß der Bitterkeit in der russischen Mentalität zu diesem Zeitpunkt lässt sich nur mit einem Rückblick auf die Geschichte relativieren, die mit der Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990 begann, auf die Hoffnungen, die dieses bedeutsame Ereignis in Bezug auf die russisch-deutschen Beziehungen (die, gelinde gesagt, eine bewegte Geschichte haben) geweckt hatte, und auf das, was sich in den drei Jahrzehnten danach herausstellte. Es ist eine komplizierte Geschichte von Amnesie und schlichter politischer Schikane auf Seiten des Westens.

Mit Hilfe des heute zur Verfügung stehenden "deklassierten" Archivmaterials - insbesondere des unentbehrlichen Tagebuchs des sowjetischen Politikers Anatolij Tschernyaev, Assistent von Michail Gorbatschow, für das Jahr 1990 - ist es möglich, die gequälten Beziehungen Russlands zum Westen in der Zeit nach dem Kalten Krieg zu rekonstruieren.

**Erinnerung vermischt sich mit Wunsch**

Um der Erinnerung auf die Sprünge zu helfen, lagen die Keime der deutschen Einheit in Gorbatschows Perestroika vor dem größeren Hintergrund des Globalisierungsphänomens im internationalen Leben, das sich in den 1980er Jahren am Horizont abzeichnete. Gorbatschows Reformprogramm schickte Schockwellen durch das ohnehin schon unzufriedene Osteuropa, und fast über Nacht begann eine Welle politischer Umwälzungen über diese Region zu schwappen, die schließlich auf die Granitmauern der unverrückbar unwandelbar gebliebenen DDR prallten. (Irgendwann begann die kommunistische Regierung Ostdeutschlands damit, die Verbreitung sowjetischer staatlich betriebener Medienmaterialien des Genres Perestroika und Glasnost in ihrem Land zu blockieren und die öffentliche Meinung in die Irre zu führen). Dennoch erschien auf dem gefrorenen Boden eines scheinbar dauerhaften Zustandes des geteilten Deutschlands zum ersten Mal ein Hoffnungsschimmer, dass eine Vereinigung Deutschlands nicht unbedingt eine Chimäre war, solange Gorbatschow in Moskau an der Macht blieb und sein Reformprogramm fortgeführt wurde. Zweifellos löwifizierte der Westen Gorbatschow mit einem fairen Verständnis für seine Schmeicheleianfälligkeit. (Die Vignetten zahlreicher solcher Vorfälle liegen in Tschernyaevs Tagebuch verstreut).

Wir neigen dazu zu vergessen, dass die engen NATO-Verbündeten Westdeutschlands - Großbritannien und Frankreich -, als sie die neuen Aufregungen der "Deutschlandfrage" zu spüren begannen, Gorbatschow davor warnten, dass er für ihren Geschmack zu schnell vorging. Sie wiesen darauf hin, dass Europa für eine vereinigte deutsche Nation einfach noch nicht bereit sei. Die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher flog zu einem Tête-à-tête mit Gorbatschow nach Moskau. Auch der damalige französische Präsident Francois Mitterand flog nach Moskau. Thatcher war übrigens der erste westliche Führer, der Gorbatschow Anfang der 1980er Jahre als einen aufsteigenden Stern in der sowjetischen Politik erkannte, mit dem der Westen "Geschäfte machen konnte". Aber ironischerweise ignorierte Gorbatschow, als es um die deutsche Frage ging, die anglo-französischen Vorbehalte. Der Punkt ist, dass die Sowjetunion - wie auch der heutige Nachfolgestaat der Russischen Föderation - bereits jegliche Rachementalität oder atavistische Ängste gegenüber Deutschland wegen der schrecklichen Verbrechen, die es am russischen Volk begangen hatte, aus seiner Psyche ausgetrieben hatte. (Schätzungsweise 25 Millionen Sowjetbürger kamen im Zweiten Weltkrieg nach dem Einmarsch der Nazis ums Leben).

Im Gegenteil, Großbritannien und Frankreich glaubten immer noch, dass ein starkes Deutschland weder in ihrem Interesse noch im Interesse Europas als Ganzes sei. Sie befürchteten, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis ein vereintes Deutschland wieder seine Rolle als Platzhirsch in Europa einnehmen und die Politik des Kontinents dominieren würde, wie es bereits zweimal im 20. Die USA nahmen eine ambivalente Position ein, indem sie ihre Eigeninteressen weitgehend aus der Perspektive ihrer transatlantischen Führung steuerten und eine harte Bedingung stellten, dass ein vereinigtes Deutschland weiterhin in der NATO bleiben sollte. Im Grunde war das berühmte Diktum von Lord Ismay über die NATO im amerikanischen Kalkül immer noch im Spiel - dass das westliche Bündnissystem "die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten halten" sollte. Bettler können nicht wählerisch sein, und Westdeutschland als Bittsteller war bereit, sich zunächst mit einer "Ein Land - zwei Systeme"-Formel im Hongkong-Stil zu begnügen, wenn nur Gorbatschow die Idee einer Konföderation zwischen West- und Ostdeutschland zugeben würde. Um eine lange Geschichte "multipolarer" diplomatischer Auseinandersetzungen abzukürzen, überstimmte Gorbatschow die Hardliner in seinem eigenen Politbüro - die natürlich noch in diesem Jahr einen Staatsstreich gegen ihn planten, der schließlich das Dach über der Sowjetunion zum Einsturz brachte - und ignorierte die Proteste Ostdeutschlands und schloss mit Bundeskanzler Helmut Kohl (und US-Außenminister James Baker) einen Deal ab, um die grüne Fahne für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu schwenken.

Kohl war nach dem schicksalhaften Treffen mit Gorbatschow so begeistert, dass er einigen Berichten zufolge die restliche Nacht auf den Straßen Moskaus verbrachte - er konnte wegen des unerwarteten Gottesgeschenks nicht schlafen. Kohl war ein Pragmatiker, der die harten Bedingungen akzeptierte, die die westlichen Verbündeten Deutschlands für die Vereinigung des Landes gestellt hatten. Statt dass die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg auf ihre Rechte an Deutschland verzichteten und ihre Streitkräfte abzogen, würde Deutschland die Oder-Neiße-Linie als seine Grenze zu Polen akzeptieren und auf alle Gebietsansprüche jenseits des ostdeutschen Territoriums verzichten (und damit faktisch auf die Ansprüche Polens und der ehemaligen Sowjetunion auf die meisten ostdeutschen Provinzen verzichten).

Ein vereinigtes Deutschland würde die Stärke seiner Streitkräfte auf 370.000 Mann begrenzen, auf alle Zeit auf die Herstellung, den Besitz und die Kontrolle nuklearer, biologischer und chemischer Waffen verzichten und die weitere vollständige Anwendung des NVV für immer akzeptieren. Sie wird ihre Streitkräfte nur in Übereinstimmung mit der UN-Charta ins Ausland entsenden; jede Form künftiger Gebietsansprüche aufgeben (mit einem separaten Vertrag, der die gegenwärtige gemeinsame Grenze mit Polen bekräftigt, völkerrechtlich bindend ist und die alten deutschen Gebiete wie die russische Enklave Kaliningrad an der Ostseeküste effektiv aufgibt) und so weiter.

Offensichtlich wurde nichts vergessen oder verziehen, was die mögliche Rückkehr des deutschen Revanchismus betrifft. Aber in den drei Jahrzehnten seit damals hat sich viel verändert. Viele Bruchlinien sind aufgetaucht. Zunächst einmal hat Deutschland den rückständigen ostdeutschen Teil erfolgreich integriert, sich mit der für Deutschland typischen Disziplin und Strenge wieder aufgebaut und sich als das Kraftzentrum Europas wieder erholt (was sich nun durch den Austritt Brexits und Großbritanniens aus der Europäischen Union noch weiter akzentuiert). Zweitens begann auch Polen als Regionalmacht aufzusteigen, und es hat alte Rechnungen mit Deutschland und Russland zu begleichen. (Polen hat kürzlich von Deutschland Kriegsreparationen gefordert und konkurriert mit der deutschen Führung in der EU durch die Bildung der Vysegrad-Gruppe, die danach strebt, die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes und die baltischen Staaten unter ihr Dach zu bringen). Hinzu kommt, dass in Warschau eine rechtsnationalistische Regierung an der Macht ist, die gegen die so genannten liberalen Werte, für die Deutschland eintritt, kämpft und sich eifrig um die Errichtung amerikanischer Militärstützpunkt-Einheiten auf dem Boden bemüht hat. In der Zwischenzeit hat sich auch die deutsche Mentalität gegenüber Russland geändert, und zwar durch den Weggang einer ganzen Generation von Politikern an der Führung, die sich der "Ostpolitik" verschrieben hatten, die zuerst von Willy Brandt vorgeschlagen wurde und die auf der Überzeugung basierte, dass eine starke Beziehung zu Russland grundsätzlich im deutschen Interesse lag. Der Übergang von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Angela Merkel markierte das Ende einer Ära, in der die Ostpolitik als Ankerblatt der deutschen Russlandpolitik und als zentrales Muster deutscher Außenpolitik galt.

Merkels Augen sind auf das deutsche Rendezvous mit der europäischen Führung gerichtet. Sie begann, sich die deutsche Annäherung an Russland herauszupicken, die ein Eckpfeiler des "2+4-Vertrags" von 1990 hätte sein sollen.

### **Bier, Brezeln & bayrische Blaskapelle**

All dies hat zu den Spannungen im Zusammenhang mit der Osterweiterung der NATO in Richtung auf die Grenzen Russlands und zu den gegenwärtigen geopolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA, der Europäischen Union und der NATO auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite um die postsowjetischen Republiken entlang der westlichen Grenzen Russlands sowie am Schwarzen Meer und im Kaukasus beigetragen. Russland hat einen modus vivendi zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion angestrebt und an einem Punkt das Konzept eines vereinten Europas vom Atlantik bis zum Pazifik vorangetrieben, aber Merkel ist nicht interessiert.

Unterdessen sind die ersten Anzeichen eines deutschen Militarismus aufgetaucht. In einer verblüffenden Bemerkung sagte Merkel im Mai 2017 während eines Wahlkampfverfahrens für die deutschen Wahlen, dass Europa nach der Wahl von Präsident Trump und Brexit nicht mehr "vollständig von den USA und Großbritannien abhängen" könne. "Die Zeiten, in denen wir uns vollständig auf andere verlassen können, stehen vor dem Aus. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass... Wir Europäer unser Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen", sagte Merkel vor einer Menge bei einer Wahlkundgebung im süddeutschen München.

Teilweise mögen die Bemerkungen "dank des Bieres, der Brezeln und der bayrischen Blaskapelle, die die Menge belebten" gewesen sein, wie ein BBC-Kommentator an diesem lauen Tag in München ironisch bemerkte, aber was auffiel, war, dass Merkels Worte untypisch leidenschaftlich und ungewöhnlich offen waren. Die Botschaft fand in ganz Europa und Russland Widerhall: 'Halten Sie auf jeden Fall freundschaftliche Beziehungen zu Trump's America und Brexit Britain aufrecht - aber wir können uns nicht auf sie verlassen.

Dies führte zu Spekulationen, dass Deutschland unter Merkel von den USA abwandern würde. In Wirklichkeit ging es aber eher um das gereizte Verhältnis zwischen Merkel und Präsident Trump und kei-



neswegs um ihre eigene bevorstehende Transformation als deutsche Gaullistin, sozusagen. Die Spekulationen haben sich inzwischen so schnell gelegt, wie sie aufgetaucht waren. Tatsache ist, dass Merkels Generation deutscher Politiker - wie sie selbst - überzeugte "Atlantiker" sind, die "gemeinsame liberale Werte" im übergreifenden deutsch-amerikanischen Verhältnis (unter Umgehung von Trump) in den Vordergrund stellen und es als Kern des transatlantischen Bündnisses betrachten. Daher setzen sie sich für den Aufbau einer stärkeren europäischen Säule der NATO ein. Dies ist zweimal entfernt von der Vorstellung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron von einer unabhängigen europäischen Truppe.

Es überrascht nicht, dass sie Russland als Antithese zu ihrem Wertesystem betrachten, das auf demokratischen Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Redefreiheit und so weiter beruht. Sie betrachten die als aggressiv empfundene, durchsetzungsstarke Politik Russlands und die Tatsache, dass Russland nicht weniger als viermal die etablierten internationalen Grenzen vor den Toren Europas verändert hat, als eine enorme Herausforderung. Im Klartext: Sie sind schockiert über das Wiedererstarken Russlands unter Präsident Wladimir Putin. Die westlichen Analysten waren zunächst schockiert, als Putin 2007, gegen Ende seiner zweiten Amtszeit, Anatolij Serdjukow, den ehemaligen Leiter des Föderalen Steuerdienstes, zum Verteidigungsminister ernannte, um die Korruption im russischen Militär zu bekämpfen und Reformen durchzuführen. Doch als der Russland-Georgien-Konflikt vom August 2008 das groß angelegte Versagen russischer Militäroperationen offenbarte, wurde der Kreml entschlossener, die militärischen Fähigkeiten zu stärken. So begann ein umfassendes Reformprogramm, das alle Aspekte der russischen Streitkräfte berührte - von der Gesamtgröße der Streitkräfte bis hin zu ihrem Offizierskorps und Kommandosystem, einem groß angelegten Zehnjahresplan zur Modernisierung der Waffen, den Militärhaushalten, der Entwicklung neuer Waffensysteme sowohl für die strategische nukleare Abschreckung als auch für die konventionellen Streitkräfte und der nationalen Sicherheitsstrategie und Militärdoktrin Russlands selbst.

Die Reform ist bei der Veränderung der Streitkräftestruktur und der Operationen der russischen Streitkräfte, die von der Sowjetunion übernommen wurden, weiter gegangen als alle früheren Bemühungen. Bis 2015-2016 begannen westliche Analysten, die anfangs skeptisch waren, sich aufzusetzen und zur Kenntnis zu nehmen, dass sich Russland mitten in einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte befand, die von Putins Ehrgeiz angetrieben wurde, Russlands harte Macht wiederherzustellen, und die durch die Einnahmen unterstützt wurde, die zwischen 2004 und 2014, als der Ölpreis hoch war, in die Kassen des Kremls flossen. Ein Russlandspezialist in Brookings, Steven Pifer, schrieb im Februar 2016: "Die Modernisierungsprogramme umfassen alle Teile des russischen Militärs, einschließlich der strategischen nuklearen, nicht-strategischen nuklearen und konventionellen Streitkräfte. Die Vereinigten Staaten müssen darauf achten. Russland... behält die Fähigkeit, erhebliche Schwierigkeiten zu machen. Darüber hinaus hat der Kreml in den letzten Jahren eine neue Bereitschaft zur Anwendung militärischer Gewalt gezeigt". (Pifer schrieb kurz nach der russischen Militärintervention in der Ukraine und in Syrien).

Zwar kündigte Putin in einer nationalen Ansprache im März 2018 an, dass Russlands Militär eine Gruppe neuer strategischer Waffen getestet habe, die westliche Verteidigungssysteme besiegen sollen. Putin nutzte Videos, die auf einer großen Leinwand gezeigt wurden, um einige der von ihm diskutierten Waffen vorzustellen. Er sagte, die neuen Waffen hätten die Raketenabwehr der NATO "nutzlos" gemacht. In einer Rede im Dezember 2019 enthüllte Putin, dass Russland das einzige Land der Welt geworden sei, das Hyperschallwaffen einsetzt. "Jetzt haben wir eine Situation, die in der modernen Geschichte einzigartig ist, wenn sie (der Westen) versuchen, uns einzuholen", sagte er. "Nicht ein einziges Land verfügt über Hyperschallwaffen, geschweige denn über Hyperschallwaffen von interkontinentaler Reichweite".

### **Kastrierte Nationen und Trojanische Pferde**

Es genügt zu sagen, dass die "Militarisierung" Deutschlands relativiert werden muss. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte kürzlich in einem Gespräch mit dem Atlantikrat, dass "Russland verstehen muss, dass wir stark sind und dass wir die Absicht haben, es zu Ende zu führen". Sie sagte, Deutschland habe sich verpflichtet, bis 2030 10 Prozent der NATO-Anforderungen zu erfüllen, und ein höherer Verteidigungshaushalt und der Aufbau von Fähigkeiten liege im eigenen Interesse Deutschlands.

Es stehe jedoch weder Deutschland noch Japan frei, sich kopfüber in einen "Neomilitarismus" zu stürzen. Beide haben auch keine eigenständige Außenpolitik. Um einen neo-militaristischen Weg einzuschlagen, müssen zunächst viele innenpolitische Widerstände überwunden werden. In beiden Ländern werden die nationalen Diskurse noch immer vom Pazifismus der Nachkriegszeit beherrscht, der das Militär und jede seiner Operationen in Frage stellt. Beide Länder verfügen über freiwillige Armeen; keines der beiden Länder ist in der Lage, ohne amerikanische Unterstützung oder Konkurrenz einen Krieg zu beginnen; beide sind faktisch ergänzende Mächte und keine großen Kräfte aus eigener Kraft. Deutschland will nicht aus der NATO aussteigen, während Japan einfach nicht an Leben denken kann, außer unter dem Baldachin seines Militärbündnisses mit den USA. Letztlich handelt es sich bei beiden um militärisch kastrierte Nationen, denen es an der Fähigkeit oder dem politischen Willen fehlt, nachdem sie im letzten Weltkrieg die Verlierer waren.

Sicherlich werden sich Russland und China nicht von einem vorgetäuschten Neomilitarismus in Deutschland oder Japan beeindrucken lassen. Wo liegt also das Problem? Die Antwort ist, dass das, was Russland und China einander näher bringt, die Herausforderung ist, die die Bündnissysteme darstellen, die die USA an ihren Grenzen zusammenstellen, um sie "einzudämmen". Sowohl in Polen als auch in einer Reihe anderer mittel- und osteuropäischer Länder gibt es einen Aufschwung nationalistischer Gefühle mit einem zunehmend antirussischen Unterton. Die USA drängen Deutschland dazu, mit Polen und den baltischen Ländern zu einem Konsens über Russland zu kommen, was natürlich voraussetzt, dass Berlin auch nur einen Rest seiner traditionellen Ostpolitik im Verhältnis zu Moskau ganz aufgibt und stattdessen zu einem kontradiktorischen Modus übergeht.

In ähnlicher Weise führen die USA in Asien das Quadrilaterale Bündnis mit Japan, Indien und Australien an, um China einzukreisen. Die USA hoffen, dass die Länder des asiatisch-pazifischen Raums in einen antichinesischen Modus überführt werden können. Mit Indien hat Washington Fortschritte gemacht, während die südostasiatischen Staaten sich weigern, sich zwischen den USA und China zu entscheiden, und Südkorea sitzt auf dem Zaun.

Die USA greifen zunehmend auf unilaterale Sanktionen sowohl gegen Russland als auch gegen China zurück, die nicht durch internationale Rechtsgrundlagen gestützt sind, und verstärken den Druck durch die extraterritoriale Anwendung nationaler Gesetze, um andere Länder dazu zu zwingen, sich an ihre Sanktionsregime und innerstaatlichen Gesetze zu halten, was häufig im Widerspruch zum Völkerrecht und zur UN-Charta steht. Den europäischen Unternehmen, die am 11 Milliarden Dollar teuren russischen Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 arbeiten, wurden US-Sanktionen angedroht.

In ähnlicher Weise ist bereits die Rede davon, dass die USA Sanktionen als Waffe einsetzen, um kleine Länder wie Sri Lanka unter Druck zu setzen, damit sie die von chinesischen Unternehmen durchgeführten Beltund Straßenprojekte einstellen. In der Region des Indischen Ozeans spielt Indien als trojanisches Pferd der US-Regionalstrategien die Rolle, die Polen am westlichen Rande Eurasiens spielt. Der Regimewechsel auf den Malediven im vergangenen Jahr wird zu seinem logischen Abschluss gebracht - die Einrichtung einer amerikanischen Basis, die Diego Garcia ergänzt und eine "zweite Kette" zur Überwachung und Einschüchterung der chinesischen Marine im Indischen Ozean aufbaut. Die USA drängen mit indischer Unterstützung die neu gewählte srilankische Führung, die ausgehandelten Militärpakte rasch zu ratifizieren, insbesondere ein Abkommen über den Status der Streitkräfte, das den Weg für die Stationierung amerikanischer Militärangehöriger auf der Insel ebnet, die von Strategen als Flugzeugträger bezeichnet wird.

Auch hier politisieren die USA unverfroren die internationale Menschenrechtsagenda und benutzen Menschenrechtsfragen als Vorwand, um sich in die inneren Angelegenheiten Chinas und Russlands einzumischen. Die USA haben im Zusammenhang mit ihrem Engagement in Xinjiang und Hongkong Sanktionen gegen chinesische Funktionäre und Entitäten verhängt. Es gibt bereits Gespräche über wahrscheinliche westliche Sanktionen gegen Russland wegen der angeblichen Vergiftung des russischen Oppositionsaktivisten Alexej Navalny. Russland sieht sich bereits mit einer Lawine von US-Sanktionen zu verschiedenen Themen konfrontiert.

### **Teil 3**

#### **Diskurs über gemeinsame Vermächtnisse**

Der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion 1991 war für Russland eine geopolitische Katastrophe. Doch das Ereignis der Wasserscheide veranlasste paradoxerweise Moskau und Peking, die einstigen Gegner, sich einander anzunähern, während sie mit Unglauben der triumphalistischen Erzählung der Vereinigten Staaten vom Ende des Kalten Krieges zusahen, die die Ordnung umstürzte, die sie beide trotz all ihrer gegenseitigen Unterschiede und Streitigkeiten als entscheidend für ihren nationalen Status und ihre Identität angesehen hatten. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte für viele der Nachfolgestaaten, insbesondere für Russland, zu großer Unsicherheit, ethnischen Streitigkeiten, wirtschaftlicher Not, Armut und Kriminalität. Und Russlands Agonie wurde von der anderen Seite der Grenze, in China, genau beobachtet. Die politischen Entscheidungsträger in Peking studierten die Erfahrungen der sowjetischen Reformen, um sich von den "Spuren eines umgestürzten Karren" zu befreien. Möglicherweise gab es ein Gefühl der Besorgnis über den sowjetischen Zusammenbruch, das von den gemeinsamen Wurzeln der Modernität der beiden Länder herrührt.

Doch während die politischen Diskurse in China und Russland über die Gründe für den Zerfall der Sowjetunion rückblickend bisweilen divergierende Perspektiven aufgezeigt hätten, gelang es den Führungen in Moskau und Peking rückblickend, dafür zu sorgen, dass die Zukunft ihrer Beziehungen dafür unempfindlich blieb.

Bald nachdem er Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas geworden war, ist bekannt, dass Xi Jinping über die ehemalige Sowjetunion gesprochen hat. Das erste Mal war im Dezember 2012, als er in Kommentaren vor Parteifunktionären angeblich bemerkte, China müsse sich noch "zutiefst an die Lektion des sowjetischen Zusammenbruchs erinnern". Er fuhr fort, über "politische Korruption", "Gedankenketzerei" und "militärischen Ungehorsam" als Gründe für den Niedergang der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu sprechen. Xi sagte Berichten zufolge: "Ein wichtiger Grund war, dass Ideale und Überzeugungen erschüttert wurden. Am Ende sprach Michail Gorbatschow nur ein Wort und erklärte die sowjetische Kommunistische Partei für aufgelöst, "und die große Partei war einfach so verschwunden".

Xi sagte: "Am Ende gab es keinen Mann, der mutig genug war, sich zu widersetzen, niemand kam heraus, um anzufechten (diese Entscheidung)". Einige Wochen später griff Xi das Thema wieder auf und sagte Berichten zufolge, dass ein wichtiger Grund für den sowjetischen Zusammenbruch darin bestand, dass der Kampf im ideologischen Bereich äußerst heftig war; es gab eine vollständige Leugnung der sowjetischen Geschichte, Leugnung Lenins, Leugnung Stalins, Verfolgung des historischen Nihilismus, Verwirrung des Denkens; lokale Parteiorganisationen waren fast ohne Rolle. Das Militär stand nicht unter der Aufsicht der Partei. "Am Ende zerstreute sich die große sowjetische Kommunistische Partei wie Vögel und Tiere. Die große sowjetische sozialistische Nation zerfiel in Stücke. Dies ist die Straße eines umgestürzten Karren!"

In der russischen Erzählung war der Hauptgrund das Scheitern der sowjetischen makroökonomischen Politik. Es ist leicht einzusehen, warum Präsident Wladimir Putin an die Erfahrungen Chinas mit Reformen und Öffnung appelliert. Putin erhebt nicht den Anspruch, ein Marxisten-Leninist zu sein, und er beruft sich auch nicht auf die sowjetische Ideologie als Legitimation. Aus seiner Sicht war die Perestroika gut begründet, da Gorbatschow klar erkannte, dass das sowjetische Projekt auf Grund gelaufen war. Doch Gorbatschows neue Ideen und seine neue Politik blieben erfolglos und führten wiederum zu einer tiefen Wirtschaftskrise und einer finanziellen Insolvenz, die ihn schließlich diskreditierte und den Sowjetstaat zerstörte.

Putin erlebte aus erster Hand sowohl die Wunder des sowjetischen Sozialismus als auch sein verhängnisvolles Versagen, mit dem Westen bei der Bereitstellung von Lebensqualität für die Bürger zu konkurrieren. Wahrscheinlich kehrte Putin von seinem Posten in Dresden völlig desillusioniert von den kommunistischen Idealen nach St. Petersburg zurück. Putin war nicht ganz fünf Monate alt, als Stalin starb, und für ihn waren die großen Figuren des Marxismus-Leninismus nicht viel wert.

Auf der anderen Seite erlebte Xi Jinping China im Griff einer Revolution. Für Xi war Mao sowohl eine gottähnliche Gestalt als auch eine lebendige Person. Xis eigener Vater war der Genosse Maos (auch wenn Mao ihn reinigte). Xi erlebte die Kulturrevolution aus erster Hand. Mao zu verleugnen, wäre für ihn jedoch gleichbedeutend mit der Verleugnung eines Teils von sich selbst. Deshalb ist Xis Ablehnung des "historischen Nihilismus" sowjetischer Prägung für ihn eine Selbstverständlichkeit. Mit Xis Worten: "Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hatte 200.000 Mitglieder, als sie die Macht ergriff;

sie hatte 2 Millionen Mitglieder, als sie Hitler besiegte, und sie hatte 20 Millionen Mitglieder, als sie die Macht abgab... Aus welchem Grund? Weil die Ideale und Überzeugungen nicht mehr vorhanden waren."

Weißrussland ist natürlich das fehlende Glied in dem von den USA errichteten Bogen der Umzingelung Russlands. Derselbe Ansatz ist heute auch gegen China am Werk. Die von den USA geführte Quadrilaterale Allianz (Quad) aus Japan, Indien und Australien dient einem solchen Zweck.

In früheren Jahren konzentrierte sich die russisch-chinesische Entente ausschließlich auf die bilateralen Beziehungen. Nach und nach ging sie - zunächst in begrenztem Umfang - zur Koordinierung auf außenpolitischer Ebene über, die sich stetig intensiviert hat. Russland und China helfen sich gegenseitig, die Eindämmungspolitik der USA zurückzudrängen. So hat China den Wahlsieg des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko offen gefeiert. Auch von russischer Seite gibt es viel lautere Kritik an den Versuchen der USA, die Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum zu verschärfen. sagte Außenminister Lawrow am 11. September in Moskau im Beisein der chinesischen Staatsrätin und Außenministerin Wang Yi, "Wir stellten den destruktiven Charakter der Handlungen Washingtons fest, die die globale strategische Stabilität untergraben. Sie heizen die Spannungen in verschiedenen Teilen der Welt an, auch entlang der russischen und chinesischen Grenze. Natürlich sind wir darüber besorgt und wenden uns gegen diese Versuche, künstliche Spannungen zu eskalieren. In diesem Zusammenhang stellten wir fest, dass die so genannte "Indo-Pazifik-Strategie", wie sie von den Initiatoren geplant wurde, nur zur Trennung der Staaten der Region führt und daher mit schwerwiegenden Folgen für Frieden, Sicherheit und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum verbunden ist. Wir sprachen uns für die ASEAN-zentrierte regionale Sicherheitsarchitektur aus, um die vereinheitlichende Agenda und die Beibehaltung des Konsensstils in der Arbeit und der konsensbasierten Entscheidungsfindung in diesen Mechanismen zu fördern... Wir sehen Versuche, die Reihen der ASEAN-Mitglieder zu spalten, mit dem gleichen Ziel: die konsensbasierten Arbeitsmethoden aufzugeben und die Konfrontation in dieser Region zu schüren".

Am 18. September erklärte der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, in einem Interview mit der Nikkei Asian Review in Washington: "Wir glauben, dass die Versuche der USA, weltweit antichinesische Bündnisse zu schaffen, kontraproduktiv sind. Sie stellen eine Bedrohung für die internationale Sicherheit und Stabilität dar... Was die US-Politik im asiatisch-pazifischen Raum betrifft, ... fördert Washington antichinesische Gefühle, und seine Beziehungen zu den Ländern der Region beruhen auf deren Unterstützung eines solchen Ansatzes... Es ist schwierig, die Initiative im Indopazifikraum als 'frei und offen' zu bezeichnen. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil: Dieses Projekt ist intransparent und nicht inklusiv... wenn wir über die Länder des Indischen Ozeans sprechen. Anstelle von etablierten Normen des internationalen Rechts fördert Washington dort eine undurchsichtige "auf Regeln basierende Ordnung". Was sind diese Regeln, wer hat sie geschaffen und wer hat ihnen zugestimmt - all dies bleibt unklar".

Diese Aussagen deuten darauf hin, dass in der Tat eine stetige Entwicklung der russischen Haltung stattfindet, auch wenn die USA im Südchinesischen Meer und im Ostchinesischen Meer den Druck auf China erhöhen.

### **Stiftung für gegenseitiges Vertrauen**

Die westlichen Propagandisten übersehen fröhlich, dass das chinesisch-russische Bündnis auf einem starken Fundament steht. Vergessen Sie nicht für einen Moment, dass Xi Jinpings erster Auslandsbesuch als Präsident von Xi Jinping in Russland stattfand - im März 2013, ein ganzes Jahr vor der Krise in der Ukraine, die zu westlichen Sanktionen gegen Moskau führte. Dennoch beharren die westlichen Analysten darauf, dass die russisch-chinesische Entente ein "Dreh- und Angelpunkt" Russlands war, der aus der Entfremdung mit Europa resultierte. Im Vorfeld des Besuchs in Russland sagte Xi, die beiden Länder seien "die wichtigsten strategischen Partner", die eine "gemeinsame Sprache" sprachen. Xi nannte Russland einen "befreundeten Nachbarn" und sagte, dass die Tatsache, dass er Russland so kurz nach Übernahme der Präsidentschaft besuchte, "ein Zeugnis für die große Bedeutung sei, die China seinen Beziehungen zu Russland beimisst". Die chinesisch-russischen Beziehungen sind in eine neue Phase eingetreten, in der die beiden Länder einander große Entwicklungschancen bieten".

In einem Interview mit der russischen Presse anlässlich des Besuchs von Xi sagte Putin, die Zusammenarbeit zwischen Russland und China werde "eine gerechtere Weltordnung" hervorbringen. Russland und China, so sagte er, zeigten beide einen "ausgewogenen und pragmatischen Ansatz" bei internationalen Krisen. (In einem Artikel aus dem Jahr 2012 hatte Putin zu einer weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China aufgerufen, um "den "chinesischen Wind" in (seinen) Wirtschaftssegeln einzufangen").

Ein wichtiges Ergebnis der Gespräche von Xi mit Putin war die Formalisierung eines direkten Kontakts zwischen den beiden hohen Ämtern in Moskau und Peking. Im Juli 2014 institutionalisierten Sergej Iwanow, der damalige Stabschef des präsidentialen Exekutivbüros im Kreml, und Li Schanschu, der damalige Leiter des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, bei ihrem Besuch in Peking dieses Format. Das war das erste derartige Format für den direkten Kontakt der chinesischen Seite mit einem anderen Land überhaupt. Li und Iwanow (der von Xi Jinping in Peking empfangen wurde) stellten den Fahrplan für eine vielschichtige Beziehung auf, die auf intensiven Kontakten auf höchster Ebene beruhte, und zementierten die strategische Partnerschaft.

Vier Jahre später, bei einem Besuch in Moskau im September 2019 in seiner neuen Position als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Chinesischen Nationalen Volkskongresses, sagte Li Schanschu bei einem Treffen mit Putin im Kreml: "Heutzutage führen die USA eine doppelte Eindämmung Chinas und Russlands durch und versuchen, Zwietracht zwischen uns zu säen, aber wir sehen das sehr gut und werden diesen Köder nicht schlucken. Der Hauptgrund ist, dass wir eine sehr solide Grundlage für gegenseitiges politisches Vertrauen haben. Wir werden es weiter stärken und das Bestreben des jeweils anderen, den Weg unserer eigenen Entwicklung zu beschreiten, sowie die nationalen Interessen zu verteidigen und die Souveränität und Sicherheit der beiden Länder zu gewährleisten, nachdrücklich unterstützen.

Li sagte zu Putin: "In den letzten Jahren haben unsere Beziehungen ein beispielloses hohes Niveau erreicht. Dies war vor allem dank der strategischen Führung und des persönlichen Einsatzes der beiden Führer möglich. Der chinesische Präsident Xi Jinping und Sie sind großartige Politiker und Strategen, die global und weitläufig denken".

Tatsächlich wurde die gemeinsame Erklärung, die Xi Jinping und Putin am 5. Juni letzten Jahres in Moskau während des Staatsbesuchs des chinesischen Führers in Russland unterzeichneten, weithin als ein Dreh- und Angelpunkt wahrgenommen, der die Beziehung zur neuen Konnotation der "umfassenden strategischen Koordinierungspartnerschaft zwischen China und Russland für eine neue Ära" erhob.

Ein chinesischer Kommentator Kong Jun beschrieb die Erklärung vom Juni 2019 in der damaligen People's Daily als "Reifung einer Beziehung, die das höchste Maß an gegenseitigem Vertrauen, das höchste Maß an Koordination und den höchsten strategischen Wert aufweist". Einfach ausgedrückt, signalisierte Xis Staatsbesuch in Russland im vergangenen Jahr, dass die beiden Länder an der Schwelle zum Aufbau verbündeter Beziehungen de facto, wenn auch nicht de jure standen.

Zu diesem Zeitpunkt war auch ein funktionierendes Militärbündnis im Entstehen begriffen. Genau drei Monate nach dem Staatsbesuch von Xi in Russland sprach Putin zum ersten Mal öffentlich über ein "Bündnis" mit China - und zwar vor heimischem Publikum am 6. September 2019 in Wladiwostok. Seitdem begannen natürlich die zwischen den russischen und chinesischen Führern ausgetauschten Botschaften routinemäßig ihr Versprechen und ihre feste Entschlossenheit zu unterstreichen, gemeinsam die "globale strategische Stabilität" zu sichern, wie es in der gemeinsamen Erklärung vom Juni 2019 nach dem Staatsbesuch von Xi zum Ausdruck gebracht wurde.

Im Oktober letzten Jahres, kaum vier Monate nach Xis Staatsbesuch in Moskau, warf Putin während seiner Rede auf einer politischen Konferenz in Sotschi eine Bombe ab. Er enthüllte: "Wir helfen derzeit unseren chinesischen Partnern bei der Schaffung eines Raketenangriffswarnsystems. Das ist eine ernste Sache, die die Verteidigungsfähigkeiten der Volksrepublik China drastisch erhöhen wird. Im Moment verfügen nur die USA und Russland über solche Systeme".

Einen Tag später lobte Putins Sprecher Dmitri Peskow die "besonderen Beziehungen, die fortgeschrittene Partnerschaft mit China ... auch in den sensibelsten (Bereichen), die mit der militärisch-techni-

schen Zusammenarbeit und den Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten verbunden sind". Unabhängig davon bestätigte Sergej Bojev, Generaldirektor von Vypel, Russlands größtem Waffenhersteller, gegenüber den staatlichen Medien, dass das Unternehmen an der "Modellierung" des Raketenangriffswarnsystems für China arbeite. "Wir können aufgrund von Geheimhaltungsvereinbarungen nicht im Detail darüber sprechen", sagte Boyev.

### **Bündnis für globale strategische Stabilität**

Putins Rede in Sotschi im Oktober war von enormer Bedeutung, in der er das "beispiellose Maß an gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit in einer verbündeten Beziehung der strategischen Partnerschaft" zwischen Russland und China lobte. Putin stellte fest, dass das Raketenangriffsfrühwarnsystem (Systema Preduprezdenya o Raketnom Napadenii - SPRN) "die Verteidigungsfähigkeiten der VR China ernsthaft erweitern" werde.

Außerdem prangerte Putin die Versuche der USA, China durch wirtschaftlichen Druck und durch den Aufbau asiatisch-pazifischer Allianzen (Quad) mit anderen Staaten der Region einzudämmen, als vergeblich an. In einem Kommentar zu Putins Rede wies die kremlfreundliche Nachrichtenseite Vzglad darauf hin, dass Moskau und Peking zwar in absehbarer Zeit keinen formellen politisch-militärischen Bündnisvertrag unterzeichnen werden, die beiden Länder aber de facto bereits Verbündete seien, die ihre Aktivitäten in verschiedenen Bereichen eng koordinieren und gemeinsam eine neue Weltordnung aufbauen, die zur Vertreibung des US-Einflusses aus Asien führen könnte.

Die strategische Bedeutung des russischen Transfers von fortgeschrittenem Raketenfrühwarnungs-Know-how an China muss richtig verstanden werden. Er implizierte ein virtuelles Militärbündnis. Sie fiel mit einer massiven russischen Militärübung mit dem Titel Center-2019 (Tsentr-2019) zusammen, die vom 16. bis 21. September in Westrussland stattfand und zu der das Westliche Theaterkommando der PLA eine unbekannte Anzahl von Kampfpanzern vom Typ 96A, strategischen H-6K-Bombern, JH-7A-Kampfbombern, J-11-Kampfflugzeugen, Il-76 und Y-9-Transportflugzeugen sowie Z-10-Angriffshubschraubern entsandt hatte.

Auf russischer Seite waren an der Übung Berichten zufolge 128.000 Soldaten, über 20.000 Ausrüstungsgegenstände, darunter 15 Kriegsschiffe, 600 Flugzeuge, 250 Panzer, etwa 450 Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen sowie bis zu 200 Artilleriesysteme und Mehrfachraketenwerfersysteme beteiligt. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, dass die Hauptziele der Übung zum strategischen Gefechtsstand darin bestünden, den Bereitschaftsgrad des russischen Militärs zu überprüfen und die Interoperabilität zu verbessern.

Bereits im Mai 2016 hatten Russland und China mit ihren ersten simulierten Computer-Raketenabwehrübungen begonnen. Eine damalige Ankündigung in Moskau bezeichnete sie als "die erste gemeinsame russisch-chinesische computergestützte Raketenabwehrübung des Kommandostabes", die im wissenschaftlichen Forschungszentrum der russischen Luft- und Raumfahrtverteidigungskräfte stattfand.

Das russische Verteidigungsministerium erklärte, dass das Hauptziel der Übungen darin bestehe, "gemeinsame Manöver und Operationen von schnell reagierenden Flugabwehr- und Raketenabwehrtruppen Russlands und Chinas zur Verteidigung des Territoriums gegen gelegentliche und provokative Angriffe von ballistischen und Marschflugkörpern" zu üben. Darin hieß es: "Die russische und die chinesische Seite werden die Ergebnisse der Übungen nutzen, um Vorschläge für die russisch-chinesische militärische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raketenabwehr zu erörtern".

Es genügt daher zu sagen, dass die Verlegung der SPRN weit davon entfernt war, ein "eigenständiges" Ereignis zu sein. Im Klartext geht es darum, dass Russland China ein exklusives Know-how zur Verfügung stellt, um sowohl US-Raketenangriffe abzuwehren als auch die "Zweitschlagfähigkeit" zu entwickeln, die für die Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts von entscheidender Bedeutung ist.

Das SPRN besteht aus leistungsstarken Langstreckenradare mit der Fähigkeit, ankommende ballistische Raketen und Sprengköpfe aufzuspüren. Wenn China zusätzlich zu den S-400-Raketen das leistungsstärkere und weitreichendere S-500-Raketenabwehrsystem kauft (mit dessen Herstellung und

Stationierung Russland beginnt), wäre Russland in der Lage, China beim Aufbau und bei der Beeinflussung der Architektur einer künftigen integrierten SPRN der PLA und der Raketenabwehrfähigkeit zu helfen, die für China einen strategischen Stabilitätsfaktor gegenüber den USA darstellen wird, der zuverlässige Informationen über potenzielle amerikanische Raketenstarts liefert und deren mögliche Auftreffpunkte berechnet. Im Klartext: Das russische System kann für die Führung in Peking "Dutzende von Minuten" einer zuverlässigen Frühwarnung vor einem bevorstehenden feindlichen Raketenangriff vor dem Einschlag garantieren, so dass angemessene Entscheidungen zum Abschuss von Chinas Atomraketen als Antwortsalve getroffen werden können.

Dies ist eindeutig ein Auftakt zu einer vertieften Zusammenarbeit Russlands mit China bei der Schaffung eines integrierten Raketenabwehrsystems. Wichtig ist, dass es bedeutet, dass Russland ein militärisches Bündnis mit China eingeht und den Einsatz erhöht, sollten die USA beschließen, eines der beiden Länder anzugreifen. Ein in Moskau ansässiger Außenpolitikanalyst Wladimir Frolov sagte gegenüber CBS News: "Wenn das chinesische Raketenabwehrwarnsystem in das russische integriert wird, erhalten wir eine größere Reichweite für die ballistischen US-Raketen, die von U-Booten im Südpazifik und im Indischen Ozean abgeschossen werden, wo wir Probleme mit der schnellen Erkennung haben. Sicherlich ist das russisch-chinesische Bündnis viel nuancierter, als es zunächst den Anschein hat. In einer seltenen Zurschaustellung herzlicher persönlicher Beziehungen sagte Xi in einem Interview mit russischen Medien vor seiner Russlandreise im Juni letzten Jahres: "Ich hatte engere Interaktionen mit Präsident Putin als mit irgendeinem anderen ausländischen Kollegen. Er ist mein bester und innigster Freund. Ich schätze unsere tiefe Freundschaft sehr". Bei einer Zeremonie im Kreml während des Besuchs anlässlich des 70. Jahrestags der russisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen sagte Xi zu Putin, China sei "bereit, mit Ihnen Hand in Hand zu gehen".

Xi sagte: "Die russisch-chinesischen Beziehungen, die in eine neue Phase eintreten, basieren auf einem soliden gegenseitigen Vertrauen und strategischer bilateraler Unterstützung. Wir müssen das wertvolle gegenseitige Vertrauen schätzen. Wir müssen die bilaterale Unterstützung in Angelegenheiten, die für uns von entscheidender Bedeutung sind, verstärken, um die strategische Richtung der russisch-chinesischen Beziehungen trotz aller Arten von Einmischung und Sabotage festzuhalten. Die russisch-chinesischen Beziehungen, die in eine neue Ära eintreten, dienen als zuverlässige Garantie für Frieden und Stabilität auf dem Globus".

## **Schlussfolgerung**

Das Dokument der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Dezember 2017, das erste seiner Art in der Trump-Präsidentschaft, charakterisierte Russland und China als "revisionistische" Mächte. Das Konzept des Revisionismus ist flexibel genug, um verschiedene Bedeutungen zu haben, die typischerweise zwischen Staaten unterscheiden, die die Status-quo-Machtverteilung im internationalen System akzeptieren, und solchen, die versuchen, sie zu ihrem Vorteil zu verändern.

Im Wesentlichen fechten Russland und China eine Reihe neoliberaler Praktiken an, die sich in der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben und die den selektiven Gebrauch der Menschenrechte als universellen Wert zur Legitimierung westlicher Eingriffe in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten bestätigen. Andererseits akzeptieren und bekräftigen sie aber auch ihr Bekenntnis zu einer Reihe von Grundprinzipien der internationalen Ordnung - insbesondere zum Primat der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität, zur Bedeutung des Völkerrechts und zur zentralen Rolle der Vereinten Nationen und der Schlüsselrolle des Sicherheitsrats.

Entscheidend ist, dass Russland und China bei ihrer Beteiligung an den globalen Finanzinstitutionen eher als Regelsetzer denn als Herausforderer agiert haben. China ist ein führender Exponent der Globalisierung und des Freihandels. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sicht Russlands und Chinas auf die Funktionsweise des internationalen Systems zu einem großen Teil den westfälischen Geboten entspricht.

In geopolitischer Hinsicht heißt es jedoch im Dokument der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Dezember 2017: "China und Russland fordern die amerikanische Macht, den amerikanischen Einfluss und die amerikanischen Interessen heraus und versuchen, die amerikanische Sicherheit und den amerikanischen Wohlstand zu untergraben... China und Russland wollen eine Welt gestalten, die im Gegensatz zu den Werten und Interessen der USA steht. China versucht, die Vereinigten Staaten im

indisch-pazifischen Raum zu verdrängen... Russland will den Einfluss der USA in der Welt schwächen und uns von unseren Verbündeten und Partnern trennen... Russland investiert in neue militärische Fähigkeiten, darunter auch in Nuklearsysteme, die nach wie vor die größte existenzielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen.

Zugegebenermaßen hat sich das frühere "Musterbündnis" zwischen Russland und China heute zu einem "echten Bündnis" entwickelt. Die innere Dynamik der chinesisch-russischen Beziehungen ist immer stärker geworden und übertrifft alle Einflüsse der äußeren internationalen Umwelt. Die expandierende strategische Partnerschaft hat beiden Ländern bereits umfassende Vorteile gebracht und ist zu einem gemeinsamen strategischen Vorteil geworden. Gleichzeitig stärkt sie ihren jeweiligen Status auf der internationalen Bühne und bietet grundlegende Unterstützung für die Diplomatie beider Länder.

Im Kern geht es darum, dass das russisch-chinesische Bündnis nicht den Normen eines klassischen Bündnissystems entspricht. In Ermangelung einer besseren Charakterisierung kann man es als "Plug-in"-Bündnis bezeichnen. Im normalen Leben kann es eine Reihe von "anpassbaren Optionen" erfüllen und gleichzeitig Unterstützung für jede spezifische Funktionalität bieten, die sich ergeben kann. Sie genießt ein hohes Maß an Flexibilität. Das russisch-chinesische Bündnis hat nicht die Absicht, die USA militärisch zu konfrontieren. Aber ihre Haltung ist darauf ausgerichtet, einen Angriff der USA auf einen oder beide abzuschrecken. Einfach ausgedrückt, es findet ein Wettlauf der Zermürbung statt. Und es wird für die USA immer frustrierender werden, da Russland in letzter Zeit dazu übergegangen ist, die so genannte "Indo-Pazifik-Strategie" in Frage zu stellen.

Die russische Kritik an der "Indo-Pazifik-Strategie" ist scharf geworden. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die Spannungen in der Meerenge von Taiwan zunehmen und die Quad plant, im Oktober erstmals ein Treffen in Japan abzuhalten. Am 17. September drückte der Kreml seine Besorgnis darüber aus, dass "die militärischen Aktivitäten nicht-regionaler Mächte" (lesen Sie die USA und ihre Verbündeten) zu Spannungen führen, und der östliche Militärbezirk mit Sitz in Chabarowsk, eines der vier strategischen Kommandos Russlands, wird mit einer gemischten Luftfahrtkommandoeinheit und einer Luftverteidigungsbrigade verstärkt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die USA diese Auseinandersetzung nicht gewinnen können. Die Quad ist nutzlos, da drei ihrer vier Mitglieder - Japan und Indien - keinen Grund haben, Russland als revisionistische Macht zu betrachten oder ihm feindlich gegenüber zu stehen. Einige amerikanische Experten sagen, die Antwort liegt darin, dass die USA zu ihren transatlantischen Beziehungen zurückkehren, die Trump vernachlässigt hat, und Biden kann den Euro-Atlantizismus in Europa von heute auf morgen wieder beleben. Aber das ist nicht so einfach, wie es klingt.

Der Punkt ist, wie der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer einmal schrieb, dass die wachsende transatlantische "Kluft" aus einer Entfremdung - einer Mischung aus Meinungsverschiedenheiten, Mangel an gegenseitigem Vertrauen und Respekt und divergierenden Prioritäten - resultiert, die aus der Zeit vor Trump stammt und auch nach dem Eintritt eines neuen Amtsinhabers ins Weiße Haus nicht enden wird. Außerdem gibt es viele europäische Staaten, die die Feindseligkeit der USA gegenüber Russland und China nicht teilen.

Hier liegt das Paradox der chinesisch-sowjetischen Allianz. Die USA können dieses Bündnis nicht überwältigen, wenn sie China und Russland nicht gemeinsam und gleichzeitig besiegen. Unterdessen steht das Bündnis zufällig auch auf der richtigen Seite der Geschichte. Die Zeit arbeitet zu ihren Gunsten, da der Niedergang der USA an relativ umfassender nationaler Macht und globalem Einfluss immer weiter voranschreitet und die Welt sich an das "post-amerikanische Jahrhundert" gewöhnt. Es liegt auf der Hand, dass die Führungen in Moskau und Peking, die sich vom dialektischen Materialismus entwöhnt haben, ihre Hausaufgaben gemacht haben, während sie ihr Bündnis auf das 21. Jahrhundert abstimmen.